

# Japan nach der Chinareise Nixons

GEBHARD HIELSCHER

Am Vorabend seiner Pekingreise veranstaltete US-Präsident Nixon eine Reihe von Gipfeltreffen mit den Regierungshäuptern der wichtigsten Verbündeten Amerikas, darunter auch eines mit dem japanischen Ministerpräsidenten Eisaku Sato, das Anfang Januar im sogenannten „Westlichen Weißen Haus“ in San Clemente stattfand. Das Treffen sollte dazu dienen, Tokios unverhohlenen Mißtrauen gegenüber der neuen Chinapolitik Washingtons zu besänftigen und endete mit einer gemeinsamen Erklärung Nixons und Satos, in der sie anerkennen, „daß die Aufrechterhaltung kooperativer Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten einen unabdingbaren Faktor für Frieden und Stabilität in Asien darstellt.“ Dementsprechend wurde vereinbart, „daß die beiden Regierungen ihre engen Konsultationen über ihre jeweilige Asienpolitik fortsetzen würden“.

Die Konferenz war kaum beendet, als der japanische Botschafter in Washington Nobuhiko Ushiba — der an dem Gipfeltreffen teilgenommen hatte — vor amerikanischen Zuhörern eine Rede hielt, in der er sehr eindringlich und unmißverständlich davor warnte, eine amerikanisch-chinesische Annäherung auf Kosten des Bündnisses der USA mit Japan zu unternehmen. Dies würde „sehr ernste Probleme“ für die Zukunft aufwerfen, „einschließlich der Gefahr einer Beeinträchtigung der Sicherheit unserer beiden Länder im Fernen Osten.“ Das Mißtrauen — durch Nixons hinter dem Rücken der Japaner eingefädelte Kehrtwendung der amerikanischen Chinapolitik hervorgerufen — war geblieben. Wie sieht die Lage zwei Monate später aus, nachdem Nixon, der Kommunistenfresser von einst, in Peking sein Glas auf das Wohl des Vorsitzenden Mao erhoben und in Shanghai gemeinsam mit Chou En Lai ein Communiqué herausgegeben hat, in dem die Grundzüge einer auf Verständigung zwischen der VR China und den USA abzielenden Politik niedergelegt sind?

Das **Communiqué von Shanghai** beschäftigt sich nur am Rande mit Japan. Die Amerikaner erklären, daß „die Vereinigten Staaten ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Japan den größten Wert beimessen“ und „die Entwicklung der bestehenden engen Bande fortsetzen“ wollen. Die Chinesen „wenden sich mit Entschiedenheit gegen das Wiederaufleben und die Expansion des japanischen Militarismus und unterstützen mit Entschiedenheit den Wunsch des japanischen Volkes nach Aufbau eines unabhängigen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Japans“. Nixon und Chou haben also lediglich die Positionen ihrer Regierungen gegenüber Japan einseitig dargestellt, wobei der amerikanische Hinweis, man beabsichtige die Beziehungen zu Japan weiter auszubauen, sich in diesem Rahmen wie eine bewußt freundliche Geste gegenüber Tokio ausnehmen muß, während die chinesische Er-

klärung in Sachen japanischer Militarismus sowie die Unterstützung des Konzepts eines neutralen — also nicht einseitig an die USA gebundenen — Japan in einem gemeinsam mit Amerika herausgegebenen Papier für die Regierung Sato zwar befremdlich ist, diese jedoch nicht sonderlich kompromittiert. Das war bei der Bekanntgabe der Peking Reisepläne des amerikanischen Präsidenten im Juli des Vorjahres ganz anders gewesen. Damals wurde Tokio ohne jegliche Konsultationen vor vollendete Tatsachen gestellt und Ministerpräsident Sato, jahrelang ein getreuer Advokat enger Anlehnung an Amerika, desavouiert. In Japan sprach man vom „Nixon-Schock“. Vor solchem Hintergrund konnten die Japaner den auf ihr Land bezogenen Teil des Communiqués von Shanghai also mit einer gewissen Erleichterung aufnehmen.

Auch ganz allgemein gesehen sind die japanischen Stellungnahmen zu den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen der amerikanisch-chinesischen Gipfelgespräche recht positiv ausgefallen, wenngleich zumindest bei den Äußerungen verschiedener Regierungsvertreter eine gewisse Reserve zu verspüren ist. **Ministerpräsident Sato** erklärte im Parlament, es werde „für die Entspannung in Asien und der ganzen Welt sicherlich von großem Nutzen sein“, daß Präsident Nixon trotz fehlender diplomatischer Beziehungen die VR China besucht und dort einen freimütigen Meinungsaustausch geführt habe. „Präsident Nixons Chinareise brachte einen Wandel vom Zeitalter der Konfrontation zu einem solchen des Dialogs, und wir glauben, daß dies zu einer Entspannung in Asien beitragen wird.“ Im übrigen betonte Sato, daß durch die Gespräche keinerlei Veränderung in den japanisch-amerikanischen Beziehungen eingetreten sei und die Regierung unverändert daran festhalte, den Sicherheitsvertrag mit den USA beizubehalten. Hinsichtlich des angekündigten Truppenabzugs aus Taiwan meinte der Premier, hierdurch sei kein Verrat an den in San Clemente geführten Gesprächen begangen worden, da das Konzept bereits unter der sogenannten Nixon-Doktrin vertreten worden sei. „Kein Verrat an San Clemente“ oder „Der Inhalt des Communiqués entspricht im wesentlichen unseren Erwartungen“ war auch der Tenor der Stellungnahmen von Regierungssprecher Takeshita, Außenminister Fukuda und seinem Vorgänger Aichi.

Wesentlich enthusiastischer sind die Kommentare, welche von den Wortführern einer schnellen Verständigung mit Peking innerhalb der Regierungspartei abgegeben wurden. Der **frühere Außenminister Fujiyama**, zugleich Vorsitzender einer überparteilichen Parlamentariergruppe für eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China, nennt die Gespräche „eine große historische Tatsache der 70er Jahre“. Er zeigt sich beeindruckt von den klaren Ergebnissen der Gespräche, vor allem in der Taiwan-Frage sowie hinsichtlich der Anerkennung der fünf Prinzipien. Es sei nicht übertrieben, zu sagen, „daß dadurch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und China der Substanz nach verwirklicht worden ist“. Auch **Yoshimi Furui**, LDP-Abgeordneter und einer der Wortführer im Japan-China-Handel, schlägt ähnliche Töne an. Anders als das Außenministerium habe er erwartet, daß die Nixon-Reise große Ergebnisse bringen werde. Genau dies sei auch eingetreten. Die Reise und die gegenseitigen Toasts auf Frieden und Freundschaft „bedeuten die Geburt einer neuen Welt“. Diplomatische Beziehungen seien praktisch wiederaufgenommen. Nachdem die USA ihren Kurs geändert hätten, müßte Japan aufpassen, nicht ins Hintertreffen zu geraten.

**Die Opposition** geht in ihrer Interpretation noch ein gutes Stück weiter. Tomomi Narita, Vorsitzender der sozialistischen SPJ, meint, das japanische Außenministerium wie auch die LDP hätten versucht, die Nixon-Reise so negativ wie möglich zu interpretieren, doch gehe das Communiqué offensichtlich über ihre Erwartungen hinaus. Nixons Besuch in China bedeute, daß die US-Regierung China praktisch anerkannt habe, und das Anerkenntnis, Taiwan sei ein Teil des chinesischen Territoriums, laufe auf eine Distanzierung von der Regierung in Taiwan hinaus. Die Ankündigung der Nixon-Reise sei für Japan ein großer Schock gewesen. „Doch der Inhalt des Communiqués muß der Regierung diesmal noch einen größeren Schock versetzt haben. Da das Sato-Kabinett sich bei seinen Voraussagen in der Chinafrage geirrt hat, sollte es so schnell wie möglich zurücktreten.“ Vorsitzender Takeiri von der buddhistischen Komeito findet, das Communiqué entspreche haargenau seinen Erwartungen. Außerdem sei sein Inhalt sehr konkret und es werde „in die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingehen“. Takeiri glaubt, „daß hiermit die Nachkriegsgeschichte in Asien zu Ende gegangen ist“ und fordert einen schnellen Regierungswechsel in Japan. Im übrigen solle Japan den Sicherheitsvertrag mit Amerika frühzeitig auflösen. Auch Ikko Kasuga, der Vorsitzende der kleinen sozialdemokratischen DSP, erklärt, der Inhalt des Communiqués entspreche seinen Voraussagen und erwartet, daß die USA und China auf der Grundlage ihrer Vereinbarungen Anstrengungen zur Normalisierung der Beziehungen unternehmen werden. Japan sei infolge der Politik der Regierung Sato in dieser Hinsicht gegenüber den Vereinigten Staaten ins Hintertreffen geraten.

**In Wirtschaftskreisen** war man zum Teil überrascht über das Tempo des amerikanisch-chinesischen Annäherung. Eine von mehreren solcher Stimmen, Präsident Kazutaka Kikawada vom Wirtschaftsverband „Keizai Doyukai“ etwa, findet die Ergebnisse des Communiqués viel konkreter als erwartet. China habe bisher eine sehr monolithische Haltung in der Außenpolitik eingenommen, dies sei nun ein Wendepunkt zu größerer Flexibilität. Und Japan, das in seinen Beziehungen zu China bisher der amerikanischen Linie gefolgt sei, müsse von nun an seinen eigenen unabhängigen Standpunkt vertreten.

**Die Presse** gibt sich verhältnismäßig zurückhaltend, allen voran die „Asahi Shimbun“. Sie ist der Ansicht, daß beide Seiten in konkreten Fragen (Taiwan, Indochina, Korea, Japan) praktisch keinerlei Konzessionen gemacht hätten. Trotz der Bekräftigung einer friedlichen Koexistenz dürfe man daher nicht die vielen Gefahrenherde übersehen, welche noch immer zwischen Amerika und China bestünden. Auch in der Frage des Kultur- und Sportaustausches sowie der Ausweitung der Handelsbeziehungen erwartet die Zeitung „keine schnellen Entwicklungen“. Immerhin sei durch Nixons Reise nach China sowie die Herausgabe eines gemeinsamen Communiqués ein neuer Faktor zu den US-chinesischen Beziehungen hinzugetreten, den auch Japan sorgfältig berücksichtigen müsse. Auch die „Mainichi Shimbun“ meint, in der Frage der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen sei das Ergebnis der Gespräche „weder überraschend noch weltbewegend“ und es bestehe kein Anlaß zu der Vermutung, Japan sei in seinen eigenen Normalisierungsbemühungen durch die USA „nennenswert abgehängt“ worden. „Solange die Taiwan-Frage ungelöst bleibt, kann es keine wirkliche Aussöhnung zwischen den Regierungen der beiden Länder geben.“ Dennoch könne man sagen, daß die Gespräche für beide

Seiten erfolgreich gewesen seien, da sie ihre wesentlichsten Ziele – Verbesserung der Beziehungen angesichts der sowjetischen Bedrohung im Norden (China) bzw. der Frustrierung in Vietnam (USA) – im großen und ganzen erreicht hätten. Diese amerikanisch-chinesische Annäherung bedeute einen „großen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der Welt“ und für Japan gäbe es keinen wichtigen Grund, diese Annäherung zu kritisieren, sofern diese Annäherung wirklich zur Entspannung in Asien führt und Japan auch davon profitiert.

Deutlicher als in den Leitartikeln kommt in den Schlagzeilen der Presse zum Ausdruck, was viele Japaner vom Ergebnis der Gipfelkonferenz in China halten: „Amerika verspricht Truppenabzug aus Taiwan“, „Amerika kennt 5 Prinzipien an“ – solche auf ein Nachgeben der USA abzielenden Formulierungen überwiegen bei weitem gegenüber ausgewogeneren Titeln wie „USA und China bekräftigen Koexistenz“. **Die Taiwan-Frage** bzw. die Auslegung der auf die Insel bezogenen Textstellen im Communiqué war auch Gegenstand einer heftigen Kontroverse im Parlament, die zu langen Diskussionen in der Regierung und der sie tragenden Partei LDP führte. Anlaß dazu waren gewagte Formulierungen von Ministerpräsident Sato auf Fragen von Abgeordneten. Dazu gehörte etwa die Feststellung „China wird“ – nämlich seit seiner Aufnahme in die UNO – „von der Volksrepublik China vertreten“ und „Taiwan gehört zu China“ als Antwort darauf, ob Peking territoriale Rechte über Taiwan habe. Später einigte man sich dann auf eine Erklärung, wonach Pekings Auffassung, Taiwan gehöre zum Gebiet der VR China zwar „völlig verständlich“ sei, Japan jedoch keine Berechtigung habe, sich zum Status von Taiwan (Formosa) zu äußern. Doch strebe man eine Normalisierung der Beziehungen zu Peking in dieser Richtung an. Im Klartext heißt das, Tokio wolle erst zum Zeitpunkt der Aufnahme diplomatische Beziehungen zu Peking anerkennen, daß Taiwan Bestandteil der VR China sei und dementsprechend erst zu diesem Zeitpunkt seine Beziehungen zu den Nationalchinesen abbrechen, nicht schon als Voraussetzung für den Beginn von Normalisierungsverhandlungen, wie Peking das bisher verlangt hat. An die Adresse Taiwans gerichtet läuft diese Erklärung verbunden mit dem Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zu Peking darauf hinaus, daß Tokio am Tage X seine diplomatischen Beziehungen zur nationalchinesischen „Republik China“ beenden will. Vor einer solchen Festlegung hatte sich die Regierung Sato bis zur Bekanntgabe des Communiqués von Shanghai immer gescheut.

Tokio hat die amerikanisch-chinesischen Vereinbarungen über Taiwan also dazu benutzt, um sich selber wieder ein Stück mehr von Taiwan zu lösen (mit dem es 1952 einen Friedensvertrag abgeschlossen hatte). In ähnlicher Weise hatte die japanische Regierung nach der UNO-Abstimmung über die Aufnahme Chinas erklärt, nun müsse man wohl davon ausgehen, daß die Volksrepublik mit Sitz in Peking China vertrete.

Die amerikanisch-chinesische Annäherung hat nicht nur Tokios Monopolstellung als wichtigster Verbündeter Washingtons in Asien beendet, sie wirft auch die Grundlagen der gesamten bisherigen Sicherheitspolitik der Japaner über den Haufen und zwingt sie, die sich außenpolitisch seit Kriegsende getreulich im Schatten der Amerikaner bewegt hatten, zur Formulierung einer eigenständigen Außenpolitik. Hierzu gehört auch eine Überprüfung des bisher recht kühlen Verhältnisses zur **Sowjetunion**. Moskau hat die darin liegende Chance für eine Ausweitung seines

Einflusses in Asien und die mögliche Gewinnung eines Verbündeten gegen China sofort erkannt. Außenminister Gromyko, der sich trotz 1966 vereinbarter regelmäßiger Konsultationen wegen der ungelösten Kurilen-Frage vier Jahre lang geweigert hatte, nach Tokio zu kommen, signalisierte auf einmal Interesse an einem Besuch in der japanischen Hauptstadt. Er kam noch vor Nixons Reise nach China und vereinbarte mit seinem japanischen Kollegen Fukuda die Wiederaufnahme der seit Mitte der 50er Jahre liegengebliebenen Friedensverhandlungen binnen Jahresfrist; das schließt offensichtlich die Bereitschaft ein, auch über den japanischen Wunsch nach Rückgabe der Kurilen mindestens zu reden. Und eine sowjetische Wirtschaftsdelegation, die just zur gleichen Zeit nach Tokio kam als Nixon seinen Fuß auf chinesischen Boden setzte, lockte die Japaner mit der Beteiligung an der Erschließung riesiger Erdölvorhaben in Westsibirien. Das Projekt war nicht neu, doch die Sowjets zeigten sich erstmalig bereit, eine japanische Delegation ins Land zu lassen, um die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen an Ort und Stelle zu überprüfen.

Auch in Fragen der Sicherheitspolitik ist man in Japan auf einmal bereit, den Faktor Sowjetunion zumindest ins Gespräch zu bringen. Ministerpräsident Sato stellte im Oberhaus auf Fragen eines Abgeordneten seiner Partei unter bestimmten Voraussetzungen eine „wohlwollende Prüfung“ des Breschnjew-Vorschlags von 1969 für ein kollektives Sicherheitssystem in Asien in Aussicht. Interessanterweise hatte auch Nordkorea am Vorabend der Nixon-Reise nach China (gegenüber Besuchern aus Japan) Interesse an dem längst totgeglaubten Projekt bekundet. Außerdem schlug Japan vor dem Genfer Abrüstungsausschuß der UNO Maßnahmen zur regionalen Abrüstung in Asien vor. Auf diplomatischem Sektor sind ebenfalls Anzeichen eigenständiger Initiativen besonders im Verhältnis zu den kommunistischen Ländern zu verzeichnen, wie die Entsendung einer von einem LDP-Abgeordneten geführten überparteilichen Parlamentarierdelegation nach Nordkorea im Januar, die Reise zweier Angehöriger des Tokioter Außenministeriums nach Nordvietnam sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Mongolei im Februar.

Man soll nun aber nicht glauben, Japan habe auf einmal begonnen, auf allen Klavieren zu spielen. Amerika wird auch weiterhin Japans wichtigster Partner bleiben — an dem enormen Umfang der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern (etwa 30% des gesamten japanischen Außenhandels) wird sich kaum etwas ändern, und bis zur Schaffung eines leistungsfähigen kollektiven Sicherheitssystems in Asien wird wohl auch der Sicherheitsvertrag beibehalten werden, wobei jedoch die Tendenz dahin geht, die amerikanischen Stützpunkte in Japan abzubauen und nur noch Washingtons Nukleargarantie aufrechtzuerhalten. Die Normalisierung der Beziehungen zu China wird langfristig Priorität vor einer engen Annäherung an die Sowjetunion behalten — was nicht ausschließt, daß man in Tokio versucht, die Chinesen mit der sowjetischen Karte zum Einlenken zu bewegen und das Verhältnis zu Moskau in vollem Umfang zu normalisieren.